

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Oliver Jörg

Abg. Isabell Zacharias

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Theresa Schopper

Abg. Dr. Annette Bulfon

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 c auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Christa Stewens, Oliver Jörg, Markus Blume u. a. und Fraktion (CSU),

Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion
(FREIE WÄHLER),**

**Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN),**

**Thomas Hacker, Dr. Annette Bulfon, Prof. Dr. Georg Barfuß u. a. und Fraktion
(FDP)**

zur Reform der Hochschule für Politik München ([Drs. 16/16932](#))

- Erste Lesung -

Eine Begründung ist nicht vorgesehen. Daher eröffne ich die interfraktionelle Aussprache. Es beginnt Herr Kollege Jörg. Bitte sehr, Herr Kollege.

Oliver Jörg (CSU): Geschätztes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Heute fällt mir ein Stein vom Herzen, weil ein langwieriger Reformprozess im Landtag die erste Hürde nimmt, um insgesamt einen guten Abschluss zu finden.

Es ist fast genau eineinhalb Jahre her, als uns – wir erinnern uns – die LMU mit ihrem klaren Senatsbeschluss, die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Politik in München aufzukündigen, doch erheblich aufgerüttelt hat. Wir waren alle gemeinsam hier im Hohen Hause ziemlich erschrocken darüber, weil die HfP, wie wir immer salopp sagen, die Hochschule des Bayerischen Landtages ist. Unsere Landtagspräsidentin hat uns allen gemeinsam den Auftrag gegeben, uns dieses Themenfeldes interfraktionell anzunehmen und eine Zukunftsvision für die Hochschule für Politik zu erarbeiten.

Als wir damit begonnen haben, uns im Hochschulausschuss damit zu beschäftigen, haben wir schnell gemerkt, dass – höflich formuliert – die Herausforderungen, die es zu meistern gilt, doch gewaltig sind: überalterter Lehrkörper, keine Anpassung an den

Bologna-Prozess, schwere Differenzen zwischen der LMU und der HfP, persönliche Befindlichkeiten, keine Akkreditierung usw. Wir haben gesagt: Daran müssen wir gemeinschaftlich arbeiten, über alle Fraktionen hinweg, gemeinsam mit vielen, die uns von außen Rat geben, und mit allen Beteiligten, vor allem auch mit den Studierenden der HfP, die wir in den gesamten Prozess so engmaschig eingebunden haben, wie Studierende bei Gesetzesnovellierungen wohl kaum je eingebunden waren, sogar mit einer Unterausschusssitzung an der Hochschule für Politik.

Was dabei herausgekommen ist, kann sich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen: ein Zukunftskonzept für die HfP, Hochschule für Politik, Bavarian School of Public Policy; praxisorientierte Politikausbildung, berufsbegleitend, Zugang auch ohne Abitur, wie es die Tradition der Hochschule ist, akademische Weiterbildung für Tätige in der Verwaltung, in der Wirtschaft, in Verbänden, Gewerkschaften und Organisationen, Bachelor-/Masterabschluss und ein fester Lehrkörper. Ich denke, damit haben wir gemeinschaftlich etwas geschaffen, was der Hochschule für Politik für die Zukunft ein Alleinstellungsmerkmal im gesamten süddeutschen Raum bieten kann. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

Lassen Sie mich als Ausschussvorsitzender all jenen danken, die hieran beteiligt waren. Das sind einige. Deswegen ist es auch so gut geworden, weil viele Ratgebende am Ende einen sehr guten Kompromiss für uns alle, aber an manchen Stellen auch einen kompromisslosen Gesetzentwurf und eine kompromisslose Novellierung mit auf den Weg gebracht haben, der zukunftsweisend ist. Zuvorderst danke ich unserer Landtagspräsidentin, Barbara Stamm, vor allem auch, weil sie uns starke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Landtagsverwaltung zur Seite gestellt hat, allen voran Julius Heigl, den Leiter unseres Ausschussbüros. Ich danke den vielen Vertreterinnen und Vertretern der Hochschul- und Bildungseinrichtungen aus dem Großraum München und weit darüber hinaus, namentlich noch einmal den Studierendenvertretern für ihr sehr engagiertes Mitkämpfen und die vielen guten Vorschläge, die sie gemacht haben. Ich danke Herrn Professor Stettner, ich danke Herrn Dr. Böddrich, unserem

ehemaligen Kollegen, der sich als Kuratoriumsvorsitzender eingebracht hat, Präsident Huber, Präsident Herrmann, Dekan Brosius, GSI-Direktor Thurner, Frau Dr. Keidel, der Präsidentin der Bundeswehr-Universität, Professor Niehus, Direktorin Professor Münch, dem Direktor des CAP, dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst für die Unterstützung, die wir auch von dort erfahren durften, namentlich vor allem von Dr. Zeitler und Dr. Strietzel, und ich danke den externen Sachverständigen, die sich mit viel Mühe eingearbeitet haben, Professor Korte von der NRW School of Governance, Professor Zürn vom WZB in Berlin, Frau Professorin Holzinger aus Konstanz. Das sind noch lange nicht alle. Aber am allermeisten danke ich den Kolleginnen und Kollegen, die sich mit einem hohen Arbeitsaufwand über ein Jahr lang intensiv mit der Hochschule für Politik und den politischen Wissenschaften befasst haben. Das war einfach gigantisch und hat einen Riesenspaß gemacht. Ich danke dir, liebe Isabell Zacharias, vor allem als stellvertretende Vorsitzende, ich danke Professor Piazzolo, dir Michael, Dr. Dürr, aber auch den Kolleginnen Schopper und Dr. Bulfon sowie dem Kollegen Blume, die sich enorm engagiert haben.

Am Ende zählt der Erfolg. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Gemeinschaftsgeist weit über das Parlament hinaus eine Schubkraft für die Hochschule für Politik entwickeln können, sodass sie zukunftsfest ist. Wir werden auch weiterhin mit Argusaugen schauen, dass das läuft, und entlassen die HfP jetzt nicht gänzlich in die Eigenverantwortung, sondern werden als Parlament auch weiterhin Verantwortung tragen.

Vielen Dank an alle Beteiligten. Danke auch dem Finanzministerium für den dezenten Wink, dass wir auch die monetäre Unterstützung bekommen. – Merci.

(Allgemeiner Beifall)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Jörg, danke schön. Für so viel Danksagung haben wir gerne eine Minute zugegeben. Das darf auch einmal sein.

Aber das machen wir bei Ihnen, Frau Kollegin Zacharias, jetzt nicht. Sie sind die nächste Rednerin. Bitte sehr.

(Präsidentin Barbara Stamm übernimmt den Sitzungsvorsitz)

Isabell Zacharias (SPD): Verehrtes Präsidium, liebe Frau Landtagspräsidentin! – Da kommt jetzt genau die Richtige auf den Stuhl, nämlich die, der wir heute die Erste Lesung des Dritten Gesetzes zur Hochschule für Politik zu verdanken haben. Bavarian School of Public Policy heißt sie jetzt. Wir wollen damit zeigen, dass sie nicht nur eine Münchner Einrichtung ist, sondern dass sie eine bayerische Einrichtung mit einer großen Tradition ist.

Vor 63 Jahren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Juli 1950, ist die HfP gegründet worden. 63 Jahre Geschichte einer Hochschule, die mit der Idee der Demokratisierung gegründet wurde, für Politikerinnen und Politiker, die in Kreisräten, Gemeinderäten und Stadträten gesessen haben, um sie daran zu erinnern, wie Demokratie geht, was in den Dreißiger- und Vierzigerjahren ein bisschen unter den Tisch gefallen war. Das hat die HfP geleistet. Sie hat es über viele Jahrzehnte jungen Menschen, aber auch Menschen im weiteren Lebenslauf, also im Kontext des lebenslangen Lernens, auch älteren Frauen und Männern, ermöglicht, ohne Abitur, berufsbegleitend, nachmittags ab 15 Uhr, zu studieren.

In unseren eigenen Reihen gibt es Absolventen dieser Schule. Ich weiß, dass Franz Maget dort studiert hat, der Kollege Blume hat dort studiert. Sie bringt also große Leute hervor. – Das muss man einmal feststellen. Sie scheint eine kleine Kaderschmiede zu sein.

Jene Kaderschmiede, die HfP, ist, wie Kollege Jörg bereits richtig feststellte, ganz schön ins Schlingern geraten. Vor eineinhalb Jahren sind wir erstaunt gewesen, in welchen Zustand eine Hochschule kommen kann, wenn nicht mehr miteinander gesprochen wird, wenn Vereinbarungen einfach einseitig aufgekündigt werden, obwohl sie gar nicht kündbar sind. Es wurde klar, dass die Hochschule die Rettung seitens

des Landtags brauchte; denn aus eigener Kraft schien sie nicht möglich. Wir haben uns auf den Weg gemacht, und, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das war wirklich eine Herausforderung. Es gab mindestens zwei Dutzend Unterausschusssitzungen, öffentlich, zum Teil auch nicht öffentlich; denn es galt auch, das eine oder andere einmal auszusprechen, warum es nicht geklappt hat. Es musste festgestellt werden: Was ist denn unsere Zielgruppe? Warum wollen wir denn die Hochschule für Politik überhaupt erhalten? Wir hätten sie auch einfach dichtmachen können. Es gibt ja das Geschwister-Scholl-Institut – GSI -, es gibt in der bayerischen Hochschullandschaft sehr wohl Einrichtungen, Universitäten, Hochschulen, die Politikwissenschaften anbieten. Wir wollten aber den hohen Praxisbezug erhalten, ebenso wie die große Nähe zum Landtag, aber auch zu anderen politischen Einrichtungen, die Möglichkeiten der Kooperation und die Möglichkeit, ohne Abitur studieren zu können, die Möglichkeit, berufsbegleitend studieren zu können, was immer noch kein Alltag im bayerischen Hochschulwesen ist.

Uns ist dies gemeinschaftlich gelungen. Ich kann mich dem Dank nur anschließen und brauche – Welch ein Glück! – nicht noch einmal alle Namen zu nennen. Aber eines möchte ich herausstreichen: Die enge Einbindung der Studierenden ist einzigartig gewesen.

Die enge Einbindung der Studierenden vom ersten Tag an war uns ganz wichtig. Es gab zuletzt kritische Anmerkungen von Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertretern, die zu Recht gefragt haben: Bezieht ihr uns auch wirklich in den Reformprozess ein? Es betrifft die fünf Jahre, in denen wir vom Landtag ganz nah dran sein wollen, um den Prozess zu begleiten und zu zeigen, dass es quasi die Hochschule des Landtags ist. Nach fünf Jahren entlassen wir sie in die Eigenverantwortung mit höchster Autonomie. Wir, das heißt Michael Piazzolo, Theresa Schopper, Oliver Jörg, Markus Blume und meine Wenigkeit – ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten fünf Jahren noch zusammen im Landtag sind –, werden in den nächsten fünf Jahren dafür sorgen, dass die HfP immer die Studierenden mit einbezieht.

Ich richte mich an die Studierenden, die uns jetzt hören: Ihr dürft uns glauben: Wir werden euch immer zeitnah einbeziehen, auch wenn die Vertretung in den zugehörigen Gremien nicht gesichert werden konnte, weil das nach dem Gesetzestext nicht vorgesehen ist. Es besteht allerdings ein großes Bekenntnis, es nicht ohne die zu machen, die an der Hochschule für Politik, der Bavarian School of Public Policy, betroffen sind, nämlich die Studierenden. Mit euch werden wir die nächsten Jahre diese Hochschule in ein Fahrwasser bringen, damit die Schule hoffentlich zu einem Exportschlag für Bayern werden kann. Sie ist eine einzigartige Schule im deutschsprachigen Raum. Ich denke, dass wir sie gut ausgestattet auf den Weg bringen können.

Eines möchte ich als Letztes noch sagen – der Gesetzentwurf bringt dies klar zum Ausdruck -: Wir sind nicht so naiv zu glauben, wir bräuchten nur einen Gründungsrektor oder eine Gründungsrektorin, stattdessen die Hochschule mit ein bisschen Geld aus und dann wird das schon. Wir werden den Prozess nach fünf Jahren evaluieren, und das Ergebnis muss ein gutes sein. Es muss gelingen, junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen aus sozial schwachem Umfeld einzubeziehen. Die Schule muss diese Menschen aufnehmen. Zuletzt waren die Zahlen so frustrierend, dass das Motiv der Gründung der HfP ein bisschen in Vergessenheit geraten ist. Die Evaluierung muss deutlich zeigen, dass die Ziele wieder erreicht werden können. In diesem Zusammenhang hat die Hochschule für Politik die Unterstützung aller Landtagsfraktionen und aller Parteien. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Professor Dr. Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kann man Demokratie lernen? Kann man durch Studieren zum besseren Demokraten werden? Das war zumindest die Auffassung derjenigen, die die Hochschule für Politik fünf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet haben. Es

war das Ziel, aus Deutschen bessere Demokraten zu machen, ein Ziel, das sicherlich so wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht leicht zu verwirklichen war.

Diesem Zweck diente und dient die Hochschule für Politik bis heute. Ich habe mir die Gründungsurkunde angesehen; es ist schon darauf verwiesen worden, sie ist 63 Jahre alt. Es finden sich dort einige Sätze, die für heute passen. Dort heißt es im ersten Satz:

Die gesunde Entwicklung eines demokratischen Staates ist am besten gesichert, wenn die Gesamtheit der Staatsbürger am politischen Leben regen Anteil nimmt.

Die HfP richtet sich also nicht nur an die Studierenden und möchte Akademiker ausbilden, sondern sie richtet sich an alle Staatsbürger. Das macht sie auch dadurch deutlich – wir haben das auch in dem Gesetzentwurf geschrieben -, dass jeder an der HfP ein Studium beginnen kann. Es wird weiter ausgeführt:

Wer verantwortungsbewusst politische Entschlüsse fassen und durchführen will, braucht dazu gründliche Kenntnisse auf vielen Gebieten des Wissens, um mit der Charakterstärke der Sittlichkeit seinen Einfluss im öffentlichen Leben zum Wohle des Ganzen ausüben und durchsetzen zu können.

Wenn wir über die Charakterstärke der Sittlichkeit in diesen Tagen reden, dann stellt sich die Frage, ob eine Hochschule dafür geeignet und dazu gedacht ist, Charakterstärke und Sittlichkeit zu vermitteln. Zumindest sollte sie Wissen vermitteln und Demokratie schulen.

Dass sich die HfP dies zum Ziel gesetzt hat, war klar, aber sie ist – zumindest in den letzten Jahren – in ein etwas unruhigeres Fahrwasser geraten. Ich kenne die HfP seit Ende der Achtzigerjahre, habe dort auch studiert und war später Lehrbeauftragter. Das Erste, was ich von der HfP mitbekommen habe, war, als ich eine Gruppe als Reiseleiter auf einer Reise nach Brüssel begleiten durfte. Es war das erste und hoffentlich einzige Mal, dass ich in meinem Leben auf einer Papierbettwäsche geschlafen habe.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Du gehst wohl nie wandern?)

- Ich gehe auch wandern, aber ich versuche zu vermeiden, auf einer Papierbettwäsche zu schlafen.

Bei dieser Gelegenheit wurde mir klar: So toll kann es mit den Finanzen der HfP nicht bestellt sein.

Insofern mein Dank an das Finanzministerium – der Herr Staatssekretär ist anwesend –, dass einiges sich zum Besseren gewendet hat, und zwar nicht nur, was die Bettwäsche anbelangt, sondern auch, wie ich hoffe, was Lehrstühle, Professuren und die Lehre insgesamt anbetrifft. Wir haben zumindest versucht, das auf den Weg zu bringen. Wir haben gemeinsam – gerade im Wahlkampf ist es wichtig, das zu betonen –, in gemeinsamer Verantwortung, diesen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Ich glaube, es ist ein guter Gesetzentwurf. Das Gesetz gibt der HfP die Möglichkeit, die geschilderten Aufgaben kraftvoll anzugehen. Aber – ich erhebe etwas warnend den Finger – das Gesetz ist das eine und die Praxis ist das andere. Wir im Landtag können die Dinge auf den Weg bringen. Wir können ein Gesetz machen und können und wollen die Angelegenheit in den nächsten Jahren noch intensiv begleiten. Die Arbeit vor Ort müssen aber die anderen machen. Ich bin guten Mutes, dass das in den nächsten Jahren geschehen wird, damit diese Hochschule zu einem Leuchtturm der bayerischen, vielleicht sogar deutschen Wissenschaftslandschaft werden kann – diese Hochschule des Bayerischen Landtags, auf die wir stolz sein können, weil wir sie wieder auf einen guten Weg gebracht haben. Ich hoffe, dass sich die Studierenden in dieser Hochschule wohlfühlen und dass sie unter anderem lernen, gute Demokraten zu sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Frau Kollegin Schopper das Wort.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon vielfach die Situation vor gut eineinhalb Jahren

beschrieben worden. Es ist dargestellt worden, mit welchen Schwierigkeiten wir die HfP vorgefunden haben. Es ist auch vielfach ein Vergleich mit einem Schiff angestellt worden. Ich würde sagen: Wir sind mit der HfP nicht nur im Schlingern gewesen, sondern sie hatte schon eine eindeutige Schiefelage und war eher beim Kentern, als dass man hätte hoffen können, dass sie wieder wird.

Als wir den Unterausschuss im April 2012 gestartet haben, war von vornherein allen klar, dass wir nicht zur Abwicklung übergehen und dass wir nicht den Schlüssel herumdrehen. Wir wollten diese HfP wieder flottmachen und die Marke HfP erhalten. Wir haben, unabhängig davon, ob wir nahe dran oder weiter weg waren, gesehen, welches Potenzial sich innerhalb der Hochschule verbirgt und welche Möglichkeiten die ursprüngliche Marke der HfP bietet, in Form der Möglichkeit, berufsbegleitend ein Studium zu absolvieren. Herr Kollege Piazzolo hat sich sehr pathetisch ausgedrückt, indem er festgestellt hat, dass das Ziel gewesen sei, ein guter Demokrat zu werden. Ich hoffe, dass man das auch außerhalb der Hochschule werden kann. Sonst wäre es um unsere Demokratie schlecht bestellt, wenn wir nur auf diejenigen zählen könnten, die die Hochschule besucht haben.

Wichtig ist auch – wir konnten das anhand der Zahlen nachvollziehen -, dass an der HfP ohne Abitur studiert werden kann und dieses im Lauf des Studiums nachgeholt werden kann. Das war ein wichtiges Element bei der Gründung der HfP. Nach und nach hat sich die HfP aber nicht mehr so sehr an dieser Zielgruppe orientiert. Ich hoffe aber sehr, dass wir wieder mehr Interessierte heranzuführen können. Wichtig war den Studierenden und all denjenigen, die uns in dieser Frage beraten haben, auch die Praxisorientierung der HfP. Die Praxisorientierung war ein wichtiger Markenkern, um politische Abläufe und Themengebiete aus einer wissenschaftlichen Sicht zu beleuchten. Deshalb muss sichergestellt werden, dass das weiterhin dort möglich ist.

Das alleine hätte noch nicht gereicht, um die HfP wieder aus den negativen Schlagzeilen herauszubekommen. Es wurde schon geschildert, und ich mag mich gar nicht

mehr damit aufhalten: Ich glaube, dass wir mit dem Einbeziehen aller Beteiligten ein Beispiel geben.

Ich glaube, das war der Unterschied zu sonstigen politischen Gremien, die wir oft haben, dass wir viele Stellungnahmen und Expertisen gefunden und einbezogen haben. Wir haben innerhalb unserer Gruppe diskutiert und unterschiedliche Punkte ausdiskutiert. Wir haben aber immer an einem Strang gezogen. Wir haben nie eine politische Angriffsfläche geboten, um uns gegeneinander auszuspielen. Ich glaube, das ist das Erfolgsrezept dafür, dass wir heute hier mit einem Ergebnis stehen, auf das man durchaus stolz sein kann. Mit diesem Gesetzentwurf bringen wir die Hochschule für Politik auf einen zukunftsweisenden Weg, damit sie zu einer Marke werden kann, damit sie ein Beispiel geben und ein Leuchtturm bei den politikwissenschaftlichen Studien sein kann.

Julius Heigl sitzt dort oben auf der Besuchertribüne; ohne ihn wären wir sicher ein wenig ärmer aus der Situation herausgegangen. Dahinter steckt auch viel Arbeit von Ihnen. Vielen, vielen Dank dafür.

(Beifall der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich möchte diesen Dank auch an Herrn Dr. Zeitler aus dem Wissenschaftsministerium richten. – Jetzt ist sein Chef gerade nicht da. Ich habe mir gedacht, Herr Heubisch sitzt da, dann kann ich ihn einmal vor ihm loben. Aber es wird ihm hoffentlich zugetragen werden, dass Sie uns dabei sehr gut unterstützt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das Wichtige ist, dass wir weiterhin ein eigenständiges Grundstudium ermöglichen, dass wir auch Bachelor- und Masterabschlüsse einführen. Dagegen gab es ursprünglich großen Widerstand. In den Dank an das Finanzministerium schließe ich ein, dass wir eigene Professoren an der HfP haben. Ich hoffe, dass wir mit diesen Regelungen, wo diese Professoren angesiedelt sind, die Reibungsflächen und Gräben, die zwi-

schen der Hochschule für Politik und dem GSI vorhanden waren, verkleinern und zuschütten. Das Lied "Spiel nicht mit den Schmuttelkindern" muss endlich der Vergangenheit angehören. Die Hochschule für Politik und das GSI müssen Wege finden, um zusammenzuarbeiten und nicht mehr gegeneinander.

Der Neuanfang liegt mit diesem Gesetzentwurf vor. Davon wird viel abhängen. Die Reformrektorin oder der Reformrektor, die oder der das Ganze auf den Weg bringt, selbst wenn Parlamentarier das Ganze noch begleiten und wir das evaluieren, wird die entscheidende Nahtstelle sein, um diese Ideen, die wir auf den Weg gebracht und mit diesem Gesetz als Leitplanken entworfen haben, mit Leben zu erfüllen. Wenn das gelingt, wird dieses Schiff wieder flott sein und einer guten universitären Zukunft entgegensteuern.

Herzlichen Dank auch den Kolleginnen und Kollegen, schön war es mit euch! Jetzt schauen wir, dass es in der HfP wieder gut vorangeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Frau Dr. Bulfon steht schon bereit. – Bitte schön.

Dr. Annette Bulfon (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Hochschule für Politik hat eine stolze Vergangenheit. Sie wurde im Jahr 1950 gegründet und ging aus der amerikanischen Militärregierung hervor. Sie sollte eine Stätte der Versöhnung sein. In der Nazizeit wurde das Parlament als "Schwatzbude" verunglimpft. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Demokratie zum Teil das Regierungssystem der Sieger, von außen aufoktroziert. Nach dem Krieg sollte die Hochschule für Politik eine Begegnungsstätte für breite Bevölkerungsschichten werden.

An dieser Stelle ist der ehemalige SPD-Abgeordnete Dr. Böddrich zu nennen, dem die Hochschule für Politik sehr am Herzen lag. Im Jahr 1970 kam es schließlich zu einem

fraktionsübergreifenden Erlass; sie wurde institutionell eine selbstständige Einrichtung an der LMU. Die Rechtsgrundlage war ein eigenes Hochschulgesetz. Hierzu muss man sagen, dass dieses eigene Hochschulgesetz ein Unikum in der deutschen Hochschullandschaft ist. Es gab dann eine Anbindung an die LMU. Diese ermöglichte die Verleihung von akademischen Graden. Der Gipfel dieser Geschichte ist die Verleihung des Promotionsrechts im Jahr 2007.

Im Jahr 2011 geriet die Hochschule für Politik ins Gerede. Es bestand Reformbedarf. In acht Sitzungen haben wir die bestehenden Konflikte bearbeitet.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben Hochschulmitarbeiter und Studenten zu Wort kommen lassen; wir haben einen Hausbesuch in der Ludwigstraße gemacht und einer Vollversammlung beige-wohnt; wir haben uns Rat von externen Experten eingeholt und ein Expertengutachten erstellen lassen. Über alle Fraktionen hinweg möchte ich an dieser Stelle nochmals die Zusammenarbeit loben, die wir in diesem Unterausschuss durchgesetzt und umgesetzt haben.

Es bestand Reformbedarf, so viel ist klar. Wir wollten aber das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, sondern das erhalten, was an der HfP gut war, und sie auf ein festes Fundament stellen. Gut waren mit Sicherheit der Praxisbezug in der HfP und die günstigen Veranstaltungszeiten gerade auch für Berufstätige. Man konnte die HfP auch ohne Hochschulreife besuchen. Diesen Zugang wollten wir erhalten. Natürlich war es wichtig, dass wir auch die Vielzahl von Lehrbeauftragten erhalten haben, um den Anwendungsbezug weiterhin zu gewährleisten.

Wir haben die gestufte Studienstruktur eingeführt, damit die Qualität auch weiterhin gesichert werden kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ein hauptamtlicher Rektor wurde eingeführt, und es soll Lehrpersonal mit festen Professuren geben. Auch das ist von eminenter Bedeutung, um den Hochschulbetrieb zu gewährleisten. Uns war auch die zukünftige Beteiligung der Studierenden wichtig. Wir haben auch die Monita der Studierenden sehr ernst genommen. Natürlich wollen sie eine geregelte Übergangsphase. Auch für diese haben wir gesorgt. Wir haben einen Reformbeirat etabliert. Der gesamte Reformprozess soll im Jahr 2018 abgeschlossen sein. Die Einrichtungen der LMU sollen den Studierenden zugänglich sein, außerdem die der Virtuellen Hochschule.

Ich komme zum Ende meiner Rede. Die Saat der amerikanischen Militärregierung ist aufgegangen. Die Demokratie ist aus Deutschland nicht mehr wegzudenken. Dennoch braucht die Demokratie immer wieder Menschen, Bürger, die sich dafür stark machen; denn die Demokratie kann nur so gut sein wie die Menschen, die Bürger in dieser Demokratie. Deswegen ist es so wichtig, dass wir aufgeklärte Bürger mit Mut und ideeller Unabhängigkeit haben, die sich nicht am schnellen Applaus orientieren und sich mit Demut in den Dienst der Sache stellen.

Insofern sehe ich die HfP in eine gute Richtung marschieren. Wenn sie die Menschen ausbildet, wird sie mit Sicherheit auch in Zukunft nachgefragt und wird eine gute Zukunft haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Danke schön. Dann ist das so beschlossen.